

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden
Bestellpreis: Einzelnummer: 25 Pf.
Für die Nachlieferung: Nr. 20011
Schreibleitung u. Hauptverteilung:
Dresden-N. 1, Marienstraße 28/29

Wochenpreis vom 1. bis 15. Oktober 1928 bei täglich zweifacher Aufstellung frei Haus 1.70 Mk.
Wochenpreis für Monat Oktober 3.40 Mk. ohne Postaufschlaggebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile
25 Pf., für aufwärts 40 Pf. Samstagsanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außer-
halb 25 Pf., die 20 mm breite Reklamezeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf. Offertengebühren 20 Pf.
Kleinanzeigen: Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Steinhilber & Reichardt,
Dresden, Wohlseh-Str. 10/11, 1068 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Verlagsanfrage
(Dresden, Marienstr.) zulässig. Unverlangte
Schreibstücke werden nicht aufbewahrt

Schreckensszenen in Prag

Furchtbare Einzelheiten zur Einsturz-Katastrophe - Noch viele Tote unter den Trümmern - Die Schuldfrage

Prag, 10. Oktober. Die Unglücksstätte des gestern ein-
gestürzten Neubaus wirkt entsetzlich. Wenn eine moderne
Bürogebäude in dem Maße geplatzt wäre, könnte es nicht
anders sein. In dem Gewirr von Balken, Schutt, hochver-
festeten Betonmassen arbeiten Militär, Feuerwehr und Ar-
beiterschaft bis zur Stunde fleißig, um die noch nicht
gänzlich zertrümmerte Decke des Kellergewölbes zunächst noch
zu entlasten, da man immer noch hofft, unter den Schutt-
massen begrabene Arbeiter lebend zu retten. Da die Arbeit,
durch die meterhoch liegenden Betonmassen durchzudringen,
endlich schien, schlug man durch die Keller der Nachbarhäuser
Tunnels in die Keller des eingestürzten Baues und

Die Freude war groß, als man gestern nacht den
ersten Lebenden aus den Trümmern hervorholte und
kurze Zeit darauf auch den zweiten.

Nach diesem ersten Erfolge wurden die Arbeiten
mit erneuertem Eifer fortgesetzt. Endlich stieg man
hinter einem Trümmerhaufen auf einen eingestemmten Kon-
kret, der mit mehreren Kameraden im Keller Installations-
arbeiten vorgenommen hatte. Er konnte nicht sofort gerettet
werden, da seine Weine in den Schuttmassen steckten. Ihm
wurde zu trinken gegeben, und knapp nach Mitternacht konnte
er aus seiner unglücklichen Lage befreit werden. Er war
vollständig unverletzt und bei guter Stimmung. Leider besteht
wenig Hoffnung, noch weitere Lebende zu bergen, dagegen
wurden bis 2 Uhr nachts sechzehn Tote unter den Trümmern
hervorgezogen. Ferner fand man blutige Gliedmaßen. Einer
der Verletzten war nicht schwer verletzt, ist aber

mehrere Stunden eingeklemmt gewesen und irrsinnig
geworden.

Um 2 Uhr früh wurde von der Polizei mitgeteilt, daß
fünf Personen unverletzt, 16 Arbeiter teilweise schwer verletzt
und 19 Tote geborgen wurden. Von den letzteren konnte die
Identität größtenteils nicht festgestellt werden.

Dem Polizeibericht ist zu entnehmen: Die Rettungs-
arbeiten werden dadurch erschwert, daß der ganze Eisenbeton-
bau im Gewicht von 800 000 Kilogramm in die zwei unteren
Stockwerke zusammengefallen ist und eine unüberwindliche
Masse bildet, die das Straßenniveau kaum um drei Meter
übersteigt. Zum Zer Sprengen dieser Masse wurden Maschinen,
Motoren, pneumatische Bohrer des Artillerieregiments 151
mit Kompressoren und Reflektoren herbeigeschafft. Die Ret-
tungsarbeiten schreiten nur langsam vorwärts, da die Beton-
masse zuerst angebrochen und dann zerrissen werden muß. Das
Militär und die Feuerwehr können nur mit größten
Schwierigkeiten die Aufräumungs- und Rettungsarbeiten
durchführen.

Je mehr Einzelheiten über die Katastrophe bekannt
werden, desto fürchterlicher stellt sie sich dar. Eine Ar-
beiterschaft fand den blutigen Kopf ihres Mannes und
ließ mahnsinnig schreiend mit ihm unter den Trüm-
mern umher, nach den anderen Ueberresten suchend.
Auf dem Straßenpflaster unter den Trümmern wur-
den drei gerammte Kinderleichen gefunden.

Ein im Bauhof stehendes Pferdegepäck wurde zusammen
mit dem Stützer verflüchtigt. Die Geräte, die im Nebenbau
einen provisorischen Verbandplatz eingerichtet hatten, arbeiteten
sicherhaft die ganze Nacht hindurch. Eine aufgeregte
Menschenmenge umlagerte den Unglücksplatz, zu dessen Ab-
sperrung mehrere Hundertschaften Polizei zu Fuß und zu
Pferde sowie Militär herangezogen werden mußten. Der
Bauleiter Puljmann und der Maurerpolier Stowarsch
eilten in das Haus, als die ersten Anzeichen der Katastrophe
bemerkbar wurden. Sie fanden hierbei den Tod. Der Vorgesetzte
des Neubaus, der Bauunternehmer Jakesch, erklärte
Pressvertretern, daß er durch die Katastrophe fast ruiniert
sei, da der Bau bis jetzt mehr als drei Millionen Kronen er-
fordert habe und nicht versichert war und er sich in den be-
reits abgeschlossenen Mietverträgen verpflichtet hatte, die
Räumlichkeiten bis zum 1. Januar 1929 fertig zu übergeben.
Einer der beiden Firmeninhaber Braschaf und Morawek, der
den Bau ausführte, der Architekt Morawek selbst sowie der
Baupolizeiführer Ingenieur Wendel und der Chefkonstrukteur
befanden sich unter den Trümmern.

Zur Schuldfrage ist zu sagen: Allgemein wird behauptet,
daß es sich um einen Bau handelt, der in einem
wahnsinnigen Tempo ausgeführt wurde. Natürlich
kann man vorläufig nicht sagen, ob das Ingenieurbüro, die
Bauleitung der Polizei oder sonst jemand die Schuld an dem
Unglück trägt, doch dürfte man keinesfalls schlagend, wenn
man annimmt,

daß die durch das Gesetz der Steuererleichterungen
bei Neubauten, das nur bis zum 1. Oktober d. J.
gilt, erzwungene Schnelligkeit des Tempos
auch diesmal ins Gewicht fällt.

Vom Bauunternehmer Braschaf wird angegeben, daß der
verwendete Beton schlecht war, da er selbst vor wenigen
Augenblicken auf der Unglücksstätte feststellte, daß der
Beton an den Baustellen in der Hand wie Sand zerbröckelte.

Nach dem um 12 Uhr mittags ausgegebenen Polizei-
bericht hat sich

die Gesamtzahl der bisher gefundenen Toten auf 15 er-
höht, die der Verletzten beträgt ungefähr 26,

die durchweg schwere Verletzungen erhalten haben. Im Laufe
des Vormittags wurden noch zwei Leichen aus den Trüm-
mern geborgen. Die Aufräumungsarbeiten dürften noch volle
24 Stunden in Anspruch nehmen. Sie werden von drei Seiten
in Angriff genommen. Bieviele Opfer sich noch unter den
Trümmern befinden, kann noch nicht genau festgestellt werden.
Die Zahl schwankt zwischen zwanzig und dreißig.

Unter den Trümmern werden immer wieder zerrissene,
blutige Gliedmaßen gefunden. Drei große Traktoren arbeiten
ohne Unterbrechung an dem Fortschleppen der Betonblöcke,
die so schwer sind, daß die Ketten zweimal rissen.

Die Arbeiten schreiten nur sehr langsam vorwärts.

Augenzeugen können seit Dienstagabend eigentlich keinen
wesentlichen Fortschritt feststellen. Aus der ganzen Stadt
wurden die verfügbaren großen Bohrer requiriert und zum
Zer Sprengen der riesigen Betonblöcke eingesetzt.

Die Suche nach dem Dieb des Geheimdokuments

Weiterungen der Pariser Horan-Affäre

Paris, 10. Oktober. „Journal“ schreibt über die politische
Seite im Fall Horan, Poincaré und Briand seien
von Paris abwesend und hätten daher noch nicht ihre
Rückkehr zu den Vorkriegstelegrammen des englisch-amerika-
nischen Presseverbandes bekanntgeben können. In den
Kreisen des französischen Außenamtes ist man der Ansicht,
daß der Schritt der Berufsvereinigungen eine starke Verwirrung
zum Ausdruck bringt. Dem Vertreter der amerikanischen
Vorherrschaft wurde laut „Journal“ folgende Darstellung der
Sachlage am Duai d'Orjan gegeben: Horan habe sich als
Pariser Vertreter des „New York American“ an die französi-
schen Gesandten halten müssen, gegen die er sich unbestreitbar
vergangen habe. Er habe das Gesetz vom 8. April 1886 über-
treten, das sehr scharfe Strafen für die Veröffentlichung ge-
heimer Staatsdokumente vorsieht. Horan sei keinen un-
gerechtfertigten Dänen ausgesetzt worden, sondern habe Duld-
samkeit und Langmut genossen. Es gebe sicher keine andere
Regierung, die mit der gleichen Zurückhaltung verfahren
wäre. Es gebe in der Angelegenheit aber andere, viel
interessantere Dinge, deren Untersuchung noch am
Anfang stehe, vor allem

der persönliche Fall Gearst.
der eine mehr als sonderbare Stellung einnehme. Am 15. Sep-
tember sei Gearst in Paris angekommen. Briand habe ihn
offiziell empfangen, und zwei Tage später habe er ein ge-
heimes Dokument entwendet und es mit für England und
Frankreich ehrenrührigen Kommentaren veröffentlicht. Dies
sei eine weit schwerwiegendere Tat, als die Unkorrektheit
von Horan. Gearst sei außer Reichweite, man müsse aber die
Person des Hauptschuldigen suchen, der das Dokument aus-
geliefert habe.
Wenn sich der Pariser Aufenthalt von Horan verlängert habe

und er könne sich noch weiter verlängern, so geschähe dies
allein, um die Untersuchung zu erleichtern, die für die französi-
sche Diplomatie ebenso interessant sei wie für die Justiz.

Am die Abschaffung der Todesstrafe

Ein kommunistischer Antrag
Berlin, 10. Okt. Im Reichstagsausschuß für die Straf-
rechtsreform beantragten heute die Kommunisten, die Frage
der Abschaffung der Todesstrafe vorweg zu beraten. Von
den Sozialdemokraten wird erklärt, daß sie sich ebenfalls für
die Abschaffung der Todesstrafe einsetzen, im Gegensatz zu
den Kommunisten aber der Meinung seien, daß dieses Ziel
nicht so sicher erreicht werden könne, wenn die entsprechenden
Paragrafen außerhalb ihres Zusammenhanges mit der
übrigen Materie behandelt würden. Ein Vertreter der
bayerischen Regierung erklärte, daß das bayerische Gesamt-
ministerium noch keine Stellungnahme zu der Anregung des
Reichsjustizministeriums, die Todesstrafe abzuschaffen, ge-
nommen habe, weil zurzeit vollständige Todesurteile
nicht vorlägen. Der kommunistische Antrag wurde darauf
abgelehnt.

Ablehnung des Schiedsspruches im Walden- burger Revier

Waldenburg, 10. Okt. Der Waldenburger Schiedsspruch
ist sowohl von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite ab-
gelehnt worden. Es wird mit der Maßgabe gerechnet, daß
die Streikleitung nunmehr sogar die Notstandsarbeiter zurück-
zieht. Damit würde auch die Gasfernversorgung zur Still-
legung kommen. Schon jetzt müßten einige Betriebe des In-
dustriebezirks die Arbeit eines Teiles ihrer Belegschaft wegen
mangelnder Kohlenvorräte ausfallen lassen.

Volksbegehre

Von Otto Feldmann, Direktor des Sächs. Landbundes

Die kommunistische Partei hat ein Volksbegehren ein-
geleitet, um die Vorlage eines Gesetzes zu erreichen:
„Der Bau von Panzerkreuzern und Kreuzern jeder Art
ist verboten.“

Bis zum 16. Oktober liegen die Eintragungslisten aus,
und sicher wird gerade in den letzten Tagen ein wahres
Trommelfeuer anheben von Flugblättern, Notfrontumzügen,
Versammlungen und was sonst noch zur „Aufklärung“ der
Massen dienen kann, um die, welche nun einmal nicht alle
werden, einzulagern. Nur bereitwilliger, meine Herrschaften!
Marxistischerseits stehen die sogenannten Führer, in Wirklich-
keit am Draht der Moskauer Gewalttäter
hängende Marionetten, vor ihrer Schaubude, auf
die mit großen, grellen Buchstaben gemalt ist „nationale
Selbstentmannung“. Immer herein, immer herein!
Das Horn tutet, die Glocke bimmelt, die Stimme schreit sich
heiser. Mit weiten einladenden Bewegungen wird die vor
der Bude sich drängende Masse angefordert, in das Reich der
Dummheit und Verlogenheit einzutreten. Hier ist zu sehen
die große Flotte der allrussischen Sowjetrepublik. Es lebe
der Militarismus des russischen Proletariats;
hoch die deutsche Abrüstung, hoch der deutsche
Pazifismus!

Nicht sachliche Gründe sind es, welche die kommunistische
Partei zur Einleitung des Volksbegehrens veranlaßt hat.
Der Bau des Panzerkreuzers ist zum Brennpunkt partei-
politischer Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten
und Kommunisten geworden. Die Bewilligung der ersten
Ratenrate für den Panzerkreuzer A, dessen Bau den Deutschen
Werken, A.G., in Kiel übertragen ist, durch das Reichs-
kabinett, in dem die sozialdemokratischen Minister den aus-
schlaggebenden Einfluß haben, hat zu einer schweren
Krisis innerhalb der Sozialdemokratie ge-
führt, die auch heute ihren Abschluß noch nicht gefunden hat.

Diesen Streit wachzuhalten und zu verschärfen, die Krisis
zu vertiefen, ist einzig und allein der Zweck des kommunisti-
schen Volksbegehrens. Es geht in Wirklichkeit gar nicht um
die Bewilligung eines Neubaus für die durch das Verfallener
Diktat auf das äußerste beschränkte deutsche Wehrmacht,
sondern um die demagogische Ausnutzung einer taktisch
günstigen Situation, aus der man im kommunistischen Partei-
interesse Vorteil zu ziehen hofft. Nur deshalb wird der ganze
Apparat des Volksbegehrens in Bewegung gesetzt, dessen be-
trächtliche Kosten jedenfalls der russische Arbel bezahlt.

„Keinen Fennig für den Bau eines Kriegsschiffes“ war
eins der härtesten Argumente der Sozialdemokratie im Wahl-
kampf. Und wenige Wochen später tun die sozialdemokrati-
schen Parteiminister das Gegenteil und stimmen dem Bau zu.
Die Spekulation auf das geringe Erinnerungsvermögen
der Wähler hat sich als falsch erwiesen. Die Massen sind auf-
sässig geworden; sie fühlen sich beleidigt, weil man sie für
dummer hielt, als sie an sich sind.

In diesen, dem reinen Agitationsbedürfnis entsprungenen
Parteiampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokratie
sieht sich die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung durch das
Volksbegehren hineingezogen. Ideell geht es dabei für sie
um die Frage: Wollen wir unsere Wehrhaftigkeit und Wehr-
kraft zur See bis zur Nulllinie herabsinken lassen oder wollen
wir uns den Willen zur Selbstbehauptung und Selbstverteidi-
gung im Rahmen der uns durch „Verfallenes“ gezogenen
Grenze bewahren.

Materiell handelt es sich darum: Hat es denn überhaupt
Sinn und Zweck, unseren Staatshaushalt mit den Kosten von
Ertragbauten für die völlig veralteten Schiffe der Deutschland-
und Braunschweigflotte zu belasten?

Beregenwärtigen wir uns Deutschlands militärmaritime
Lage. Die Schleifung der Küstenbesatzungen, zu der uns
der Friedensvertrag zwang, hat die langgestreckten
Küsten einer permanenten Verteilung be-
braucht. Nur bewegliche, schwimmende Streitkräfte können diese
Lücke unseres Küstenschutzes ausfüllen. Dispreußen ist durch
die erzwungene Abtretung deutschen Gebiets an Polen vom
Meer getrennt. Gegen diese wichtige deutsche Pro-
vinz brandet immer begehrllicher die polnisch-
sowjetische Welle. Im Kriegsfall kann Dispreußen nur
von der See her verteidigt werden. Sowjetrußland unterhält
beträchtliche Machtmittel zur See, die unseren veralteten
Schiffen überlegen sind. Wollen wir möglichen Eventualitäten
mit Erfolg begegnen, dann ist es unerlässlich, unsere Kampf-
mittel auf der Höhe zu halten. Ebenso wie die Reichswehr
muss auch die Reichsmarine so schlagkräftig bleiben, daß ihr
Vorhandensein und die Achtung vor ihrer Schlagkraft begehrl-
liche Nachbarn verhindert, eines Tages vollendete Tatsachen
zu schaffen.

Und nun noch ein kurzes Wort zu den Kosten.
Alle Beschaffungen für den Bau und die Ausrüstung der
Schiffe werden deutschen Firmen übertragen. Das Geld
bleibt im Lande und dient dazu, der heimischen Industrie
Beschäftigung, dem deutschen Arbeiter Brot zu geben.
60 Prozent der Gesamtausgaben sind deutsche
Arbeitslöhne. Die bewilligten Ratenraten fließen ausnahmslos
der deutschen Wirtschaft wieder zu und wirken in
ihr befruchtend und belebend.

Wenn Kommunisten und Sozialdemokraten den Bau von
Ertragkreuzern zu einem innerpolitischen Parteistreit machen,
so bewelsen sie wieder einmal, daß sie auch aus den politischen
Realitäten der Gegenwart nichts gelernt haben oder nicht
lernen wollen, wenn es in das Parteischema nicht hineinpaf.
Für den aber, der an Deutschland und seine Zukunft glaubt,
steht fest, daß wir, wollen wir uns als Volk oder Nation be-
haupten, die Grundlagen unserer Selbstbehauptung gegen
Uebergriffe böswilliger Nachbarn erhalten müssen.

Aus dieser Auffassung ergibt sich zwangsläufig und selbst-
verständlich als Folgerung:

Keiner schreibt sich in die Eintragungsliste ein!